

Votum

Zweifelhafte Weihnachtsgeschenke

Der neuen Weltsteuerordnung fehlt die demokratische Legitimation.

Seit Jahren wird um eine neue Weltsteuerordnung gerungen. Neben der Neuverteilung des Steueraufkommens soll mit einer globalen Mindeststeuer in Höhe von 15 Prozent dem internationalen Steuerwettbewerb eine Untergrenze gesetzt werden.

Nun ist es so weit. Nachdem am 20. Dezember die OECD die entsprechende Modellgesetzgebung offiziell vorgelegt hatte, präsentierte die EU-Kommission nur zwei Tage später, kurz vor Heiligabend, den Richtlinienentwurf für eine globale Mindeststeuer. Man kann von einer Revolution des internationalen Steuerrechts sprechen, auch wenn der Anwendungsbereich zunächst auf Großunternehmen mit Mindestumsätzen von 750 Millionen Euro beschränkt ist.

Bemerkenswert ist der Rechtsentstehungsprozess, die Geburt von Steuerrecht ganz ohne Beteiligung von Volksvertretern, quasi jungfräulich. Verstärkt ist das Tempo, mit dem die neue Weltsteuerordnung durchgepeitscht werden soll. Auf öffentliche Anhörung verzichtet die EU-Kommission. Der Vorschlag sei auf OECD-Ebene bereits ausreichend diskutiert worden. Nur so lässt sich der Zeitplan halten. Denn die Richtlinie soll innerhalb der französischen Ratspräsidentschaft bis zum Sommer 2022 vom Ministerrat beschlossen werden. Dann erst kommen die Parlamente zum Zuge, aber eben nur noch als ausführende Organe zur Umsetzung der die Mitgliedstaaten bindenden Richtlinienvorgaben.

Pikant ist die Mittelverwendung. Ein Teil des Aufkommens soll zum Abbau der „New-Generation-Schulden“ in den EU-Haushalt fließen. Hier werden also gleich zwei hehre Ziele miteinander verbunden, die Rettung des Weltsteuerklimas und die Sanierung des EU-Haushalts. Damit greift die Mindeststeuerrichtlinie jedoch in bisher nicht gekanntem Ausmaß in die nationale Finanzautonomie ein. Man mag sich damit trösten, dass nationale Interessen durch das Einstimmigkeitsprinzip gewahrt bleiben, doch an der fehlenden demokratischen Legitimation ändert dies nichts. Hier werden an den nationalen Parlamenten vorbei unumkehrbare Fakten geschaffen.



Johanna Hey ist Direktorin des Instituts für Steuerrecht an der Universität zu Köln.

Presse

Heike Anger, Axel Schrinner
Berlin, Düsseldorf

Nach den Prognosen der Wirtschaftsforscher wird die deutsche Wirtschaft im neuen Jahr um drei bis vier Prozent wachsen – trotz Pandemie und anhaltendem Materialmangel in der gewerblichen Wirtschaft. Diese beiden Störfaktoren tangieren die meisten Berater vergleichsweise wenig – und so dürfte 2022 zu einem erneuten Rekordjahr für den Wirtschaftszweig der Rechts- und Steuerberatung sowie Wirtschaftsprüfung werden. Das signalisiert das Ifo-Beraterklima, das das Münchener Wirtschaftsforschungsinstitut für das Handelsblatt berechnet hat.

Rund die Hälfte der befragten Berater berichten aktuell von einer guten Geschäftslage, kaum einer ist unzufrieden. Nach dem turbulenten, aber dennoch guten Jahr 2020 lief das Jahr 2021 merklich besser. Der Höhepunkt wurde im September erreicht; seitdem sinkt die Stimmung zwar leicht, ist jedoch weiterhin auf hohem Niveau.

„Die Beraterbranche zeigt sich robust gegenüber den rezessiven Tendenzen in der Industrie und den konsumnahen Dienstleistern“, fasst Ifo-Experte Klaus Wohlrabe die Umfrageergebnisse zusammen. Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft seien die Berater „sehr gut aufgestellt“. Das Geschäftsklima – also der Saldo von Optimisten und Pessimisten – liege um mehr als 20 Punkte höher.

Keine Verschnaufpausen

In der Praxis bedeutet die gute Geschäftslage häufig Stress. „Der Berufsstand hat nach wie vor alle Hände voll zu tun“, berichtet Torsten Lüth, Präsident des Deutschen Steuerberaterverbands (DStV). Corona diktiert weiter den Arbeitsalltag. So sei erst kürzlich bekannt gegeben worden, dass die Antragsfrist für die „Überbrückungshilfe III Plus“ bis Ende März 2022 verlängert werde. Dann würden die Corona-hilfen durch die „Überbrückungshilfe IV“ fortgesetzt. Schließlich müssten die Schlussabrechnungen für die vergangenen Hilfsprogramme erstellt werden. „Verschnaufpausen gibt es insofern keine“, sagt Lüth. Auch emotional sei die Lage herausfordernd: „Die Not der Mandanten ist zum Teil gewaltig. Das bedrückt auch uns als Berater sehr.“

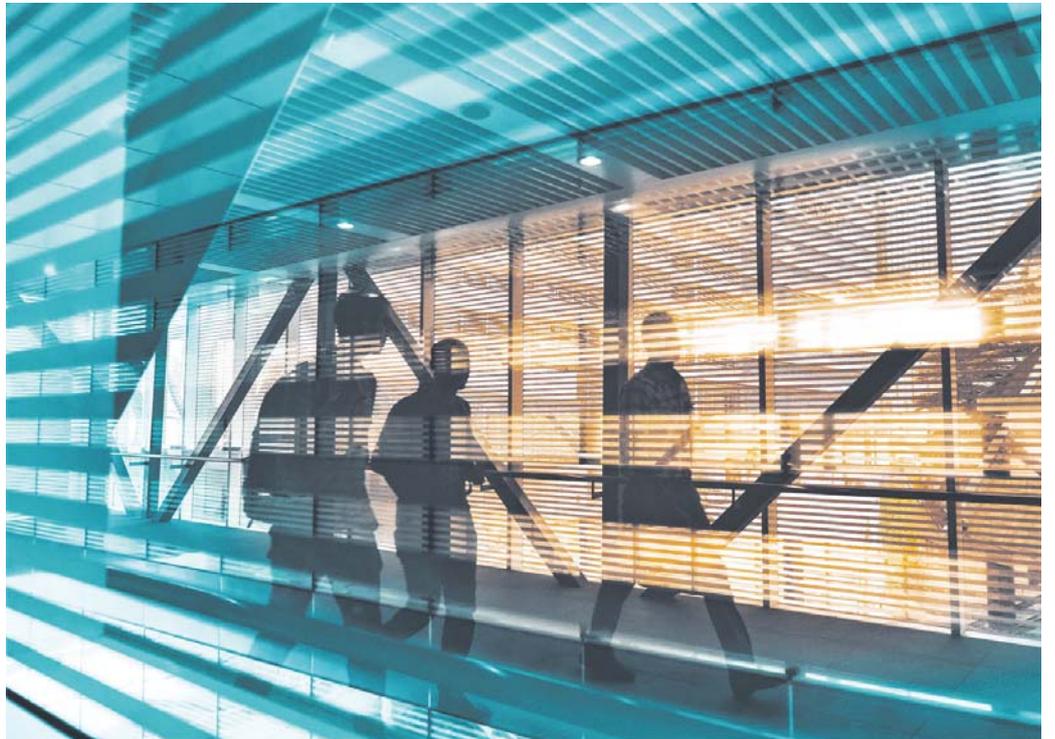
Darüber hinaus müsse noch die Grundsteuerreform „gewuppt“ werden, zusätzlich zum normalen Tagesgeschäft. Die Umsatzentwicklung zeigt bei vielen Beratern weiter nach oben. Fast 40 Prozent konnten zum Jahresende ihren Umsatz im Vergleich zum Vorjahr steigern, während 25 Prozent von Umsatzrückgängen berichteten. Für die kommenden Monate rechnen 57 Prozent der Unternehmen mit konstanten Umsätzen, rund 38 Prozent erwarten steigende Umsätze.

Ein erheblicher Teil der Umsatzsteigerungen geht auf Preiserhöhungen zurück. Rund 40 Prozent der Unternehmen planen Preissteigerungen. „Der Markt scheint das herzugeben“, analysiert Wohlrabe. Trotz „intensivem Wettbewerb“ seien Preissenkun-

IFO-BERATERKLIMA

Robuste Berater

Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft sind Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sehr gut ausgelastet, wie Berechnungen für das Handelsblatt zeigen.



EyeEm/Getty Images

Auf zu neuen Geschäften: Die gute Wirtschaftslage bedeutet für viele Berater auch Stress.

40

Prozent der Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer planen Preissteigerungen.

Quelle: Ifo-Institut

gen so gut wie nie geplant. „Die Berater reißen sich damit in das Konzert der Preiserhöhungsankündigungen in der deutschen Wirtschaft ein.“

Im abgelaufenen Jahr war eine fast beispiellose Preislawine über Deutschland gerollt. Hatte die Teuerung zum Jahresende 2020 noch bei minus 0,3 Prozent gelegen, schnellte sie im November auf 5,2 Prozent in die Höhe – Dezemberdaten werden am Donnerstag gemeldet. Für 2022 erwarten Volkswirte allenfalls eine allmähliche Entspannung, was aber keine Preissenkungen, sondern etwas langsamere Preissteigerungen implizieren würde.

„Die Umsätze im Prüfungsgeschäft sind weitgehend stabil, und es wird auch für die kommende Prüfungssaison eine verhalten positive Entwicklung erwartet“, bestätigt Melanie Sack, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW). Die stärkste Dynamik zeige das Beratungsgeschäft. In diesem Jahr werde etwa das Thema Nachhaltigkeit deutlich mehr Gewicht bekommen.

Denn Brüssel weite bestehende Regeln zur nichtfinanziellen Berichterstattung erheblich aus, sodass hier so-

wohl Beratungs- als auch Prüfungsbedarf bestehe. „Überdies setzt sich die Branche weiterhin für eine vorbehaltlose Aufklärung des Wirecard-Betrugsfalls ein“, bekräftigte Sack, die das aktuelle Bild der Wirtschaftsprüfer in Teilen der Öffentlichkeit für „negativ überzeichnet“ hält.

Innerhalb der Anwaltschaft ist die Lage sehr unterschiedlich. „Die Pandemie war und ist Beschleuniger für einen digitalen Wandel“, erklärt Sylvia Ruge, Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Anwaltvereins (DAV). „Daher blicken wir für den Bereich der Unternehmensberatungen zuversichtlich auf das neue Jahr.“ Das Thema Sanierung von Unternehmen könne 2022 aber auch durchaus Fahrt aufnehmen – weil es eben nicht nur Gewinner gebe.

Mit Blick auf Verbraucherinnen und Verbraucher seien negative Auswirkungen der Pandemie für die Anwaltschaft noch spürbar. „Die Menschen sind mit allem Möglichen beschäftigt, haben aber weniger Kraft, juristische Fragen zu klären, wenn es denn nicht zwingend erforderlich ist“, sagt Ruge. Die verbreitete Kurzarbeit verunsichere auch viele, die vielleicht einen Rechtsstreit gewagt hätten. Der „Stillstand“ am Wohnungs- und Arbeitsmarkt habe ebenfalls Auswirkungen auf die Mandate.

Absehbarer Fachkräftemangel führt verbunden mit günstigen Geschäftsaussichten dazu, dass die Beraterbranche weiterhin Mitarbeiter sucht. Fast ein Drittel der Berater will in den kommenden Monaten neues Personal einstellen, fast zwei Drittel möchten ihren Mitarbeiterstamm konstant halten. An Personalabbau denken lediglich knapp fünf Prozent.

„Mit Blick auf die Personalentwicklung setzt sich die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fort“, betont Ifo-Experte Wohlrabe. In der Summe wird die Anzahl der Mitarbeiter in der Branche weiter steigen, auch wenn im Zuge der aktuellen Coronawelle die Anzahl der skeptischen Stimmen zuletzt etwas gestiegen ist.

Gute Stimmung – gute Geschäfte

Geschäftsklimaindex in Deutschland* in Punkten



HANDELSBLATT

*Saldo aus positiven und negativen Meldungen
Quelle: Ifo